

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaaltene Petitzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Montag, den 5. September 1921.

28. Jahrgang.

Wir grüßen schwarz-rot-gold!

Dr. L. Lübeck, 5. September.

Ueber den lässlichen Farben wehte gestern die Fahne der Republik; herrlich leuchteten ihre Farben über den alten Dächern. Die Herzen der Proletarier schlugen höher, als sie endlich ihre Flagge wehen sahen, herrschend, nicht mehr gestört und verhöhnt durch die wilhelminischen Provokationen. Das war es, was die Wirkung der republikanischen Farben am gestrigen Tage so überwältigend machte. Daß sie als Siegeszeichen wehten, das die Macht der Arbeiterschaft gewaltigem Widerstand abgetroßt hatte; und daß ihr Wehen von dem Herzschlag von Zehntausenden redete, laut kündete: Heute hat die Republik zum ersten Male ihre innere Kraft gezeigt, zum ersten Male klar bewiesen, daß ihr Fundament auf der Liebe der Millionen ruht.

Denkfaule Spießbürger beten gedankenlos nach, was weniger harmlose Gemüter ihrer Farbe ihnen vorbeten. Und sie glauben recht weise zu sein, wenn sie als höchstes Produkt ihres ausgeleiterten Verstandes überall verkünden, es sei eine Beschränkung der Meinungsfreiheit und ganz und gar un-demokratisch, irgend eine Flagge unmöglich zu machen. Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen. Gewiß kann jeder flaggen, wie er will: finnisch, schwedisch, preussisch, deutsch usw., auch irgend eine geliebte Hausfarbe kann er herausschlagen. Etwas anderes aber ist es mit schwarz-weiß-rot. Seit der Weimarer Verfassung vertreten diese Farben nicht mehr irgend ein Land, sondern sie sind das Zeichen der mordberüchtigten Freikorps; sie gelten als Erkennungsmerkmale aller jener, die mit Wort und Tat alles zerstören wollen, was den Arbeitern heilig ist: Republik und Demokratie.

Wer sich all das vernünftig und vorurteilslos überlegt, der wird über die Kraftprobe der letzten Tage bald anders denken. Am Mittwoch demonstrierten 20 000 Arbeiter gegen die ewigen Provokationen der Monarchisten und Nationalisten; und am Donnerstag schwimmt Lübeck in einem schwarz-weiß-roten Meer.

Gewiß, wir wissen auch, daß die große Mehrzahl sich bei der Flaggerei nichts gedacht hat. Aber ist das nicht noch schlimmer, aus reiner Denkschwäche ganze Bevölkerungsschichten zu reizen und zu beleidigen? Und die Ausrede, daß man keine andere Flagge habe, ist wirklich nur eine Ausrede. Wer den Frieden wirklich liebt, der hat von seiner Kaiserflagge bald den schwarzen Streifen abgetrennt oder das Weiße goldgelb gefärbt und umgekehrt. Und wer eigenständig an seiner provokatorischen Abhängigkeit festhält, der darf sich nicht beklagen, wenn andere Gegenmaßnahmen anwenden. Jedenfalls weiß jetzt jeder, worum es sich handelt. Und wer in Zukunft es wieder wagen sollte, schwarz-weiß-rot zu zeigen, der wird so eingeschlagen werden, wie er es verdient: als ein Gefinnungsgenosse der Freikorpskrieger, der Hakenkreuz- und Stahlhelmschleifer, der Gareis- und Erzbergermörder.

Wir glauben, daß man in vielen Kreisen noch absolut im Unklaren sich befindet über die wirkliche Stimmung der arbeitenden Bevölkerung. Es ist ein Grundzug des deutschen Charakters, daß er sich viel gefallen läßt, und daß er lange schweigend hinunterschluckt; aber wenn das Maß voll ist, dann wirkt die Erregung auch um so nachhaltiger. Aus allen Teilen Deutschlands kommen Nachrichten, wonach die so oft angebotene Selbsthilfe der Arbeiterschaft überall eingesetzt hat. In Süddeutschland wurden die alten monarchistischen Hoheitszeichen von den Amtsgebäuden entfernt, in Mittel- und Norddeutschland allerlei monarchistische Kundgebungen durch gewaltige Gegendemonstrationen erstickt. In Sachsen hat die Regierung die ganze nationalistische Propaganda kurzerhand verboten, in sinngemäßer Anwendung des Artikels 4 der bekannten Notverordnung des Reichspräsidenten. Und sie wandte diesen Artikel auch an auf eine „unpolitische“ Rede, die der bekannte volksparteiliche Abgeordnete Brüninghaus in Dresden halten wollte und auch auf lärmliche schwarz-weiß-rote Demonstrationen. Diesen Punkt erwähnen wir besonders, um damit zu zeigen, daß andernwärts der Artikel 4 anders ausgelegt wurde als von den juristischen Beratern des Lübecker Senats.

Wir wollen hier nicht auf juristische Untersuchungen eingehen, nur eins sei festgestellt: die sächsische Regierung hat mit ihrer Maßnahme die ganzen in der gegenwärtigen politischen Hochspannung begründeten Schwierigkeiten viel besser gemeistert als manches andere Land und auch als Lübeck.

Es sollen hier ganz kurz die Vorgänge, die schließlich zu der Bekanntmachung des Senats über das Flaggengeführt haben, und die in der gewaltigen Demonstration am Sonnabend nachmittag ihren Höhepunkt und Abschluß fanden, dargestellt werden. Mit der halben Maßnahme des Senats, die alle Flaggen einholen wollte, erklärte sich die am Freitagabend stattgefundene Volkerverammlung der Betriebsräte nicht einverstanden; sie empfand das als eine Gleichstellung der republikanischen mit der monarchistischen Fahne und damit als eine Verhöhnung der Republik. Sie stellte infolgedessen die befristete Forderung, daß die öffentlichen Gebäude wieder die republikanische Farbe zeigen sollten. Sonnabend vormittag 10 Uhr war die Frist abgelaufen; aber eine Entscheidung war noch nicht erfolgt. Daraufhin verlängerte die Verhandlungskommission der Betriebsräte die Frist bis 12 Uhr und gab an die Betriebe entsprechende Weisung aus. Um 12 Uhr war noch keine Entscheidung da. Daraufhin Drängen der Betriebe — Hin und Her — und schließlich legte die Belegschaft des Hochofenwerks die Arbeit nieder, um zur Demonstration nach der Stadt zu marschieren. Unterwegs erreichte sie dann um 2 Uhr die Nachricht, daß der Senat nachgegeben und im wesentlichen die Forderungen der Arbeiter erfüllt habe. Einmal im Zuge, wollte man aber nicht wieder umkehren, da infolge des zweimaligen Hinausschiebens die Stimmung bis zur Siedehitze gestiegen war. Dem Hochofenwerk schlossen sich dann die Belegschaften der anderen Betriebe des Industriegebietes an, und in gewaltigem Zuge und in musterergültiger Ordnung zogen die Massen nach dem alten Bahndamm, nahmen dort den Bericht über das Verhandlungsergebnis entgegen und stellten sich einstimmig hinter die bekannte Resolution, in der die Verhandlungskommission der Betriebsräte ihr vorläufiges Einverständnis mit dem Erreichten erklärte. In aller Ruhe lösten sich die Züge dann auf.

Das ist die rein objektive Schilderung der tatsächlichen Vorgänge. Wir wollen im einzelnen nicht Stellung nehmen und zufrieden sein mit dem Ergebnis, mit der Tatsache, daß der unbeugsame Wille der Arbeitermassen, die in diesem Falle wirklich geschlossen und entschlossen hinter ihren Obleitenden standen, die Fahne der Republik zu Ehren gebracht hat. Wenn man hier und dort die Meinung hört, daß die Demonstration nicht mehr nötig gewesen wäre, nachdem das Ziel ja schon erreicht war, so ist hierauf zweierlei zu erwidern. Einmal, mußte es aufreizend wirken, wenn die gestellte Frist immer wieder verstrich, ohne daß eine Entscheidung fiel; und wenn eine Massenkundgebung begonnen hat, so ist sie schwer abzubrechen. Und zum andern hat es wirklich nicht geschadet, wenn das Bürgertum und zum Teil auch die Behörden gesehen haben, daß die Führer nicht allein stehen im Kampfe für die Republik, sondern daß die Massen mit ganzem Herzen für das gleiche Ziel zu kämpfen entschlossen sind. Und in diesem Sinne war auch der Sonnabend nachmittag ein Sieg.

Wenn jetzt nachträglich diese oder jene Blätter sich berufen fühlen, im Zusammenhang mit der Flaggengeschichte gegen uns und gegen die Sozialdemokratie zu schimpfen, so haben wir für sie nur die Antwort jenes bekannten türkischen Sprichwortes: Die Hunde bellen und die Karawane geht weiter.

Schweres Eisenbahnunglück bei Herlohn.

Herlohn, 5. September.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr auf dem Bahnhof Herlohn. Der von Lemförde kommende Personenzug fuhr auf den im Bahnhof liegenden Schmierer Zug auf, wodurch die drei letzten Wagen des Schmierer Zuges vollständig zerstört wurden. 5 Tote und 20 Verwundete sind zu beklagen. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Um den Ausnahmezustand in Bayern.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages setzte am Sonnabend seine Beratungen über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fort.

Beyerle (Bayr. WP.) lehnte alle Anträge mit Ausnahme desjenigen der bürgerlichen Parteien als außerhalb der Kompetenz des Ausschusses liegend ab, und begrüßte die sich anbahnende Beruhigung und Entspannung in den Beziehungen zwischen Reich und Bayern. Den Ausnahmezustand, der lediglich den Zweck habe, die Gewalt zu bekämpfen, könne sie von links oder rechts, hält er für verfassungsmäßig und notwendig. Schließlich polemisierte Beyerle gegen die von Berlin betriebene Ueberuntarifizierung, die auch in der Reichsverfassung verankert sei.

Reichsanwalt Dr. Wirth legt zu Beginn seiner Ausführungen dem Abgeordneten Beyerle, der den bayerischen Ausnahmezustand u. a. mit der Notwendigkeit einer Plakatenjur begründet hatte, ein Plakat vor, das in München die Erlaubnis zum Anschlag bekommen hat und sich gegen den toten Erzberger richtet. Es ist von der national-sozialistischen Arbeiterpartei herausgegeben und beginnt mit den Worten: „Erzberger ist tot! Deutschland hüllt sich in Trauer. Warum?“ und dann kommen 22 zum Teil ganz sinnlose Angriffe gegen Erzberger. So heißt es z. B. unter Nr. 1: „Erzberger unterzeichnete in Spa den unerhörten Friedensvertrag, gibt aber der Nation von 34 Punkten nur 18 bekannt.“ Das ist doch ein völliger Unsinn, der da in München angeschlagen werden darf; denn Erzberger war ja gar nicht in Spa. Weiter heißt es: „Erzberger tritt für bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages und damit für ewige Ausplünderung, Elend und Not des Volkes ein.“ Unter Nr. 6 wird behauptet, daß Erzberger eigenmächtig den Franzosen 100 Milliarden Goldmark anbot. Dabei war Erzberger gar nicht in Versailles. So wird Unsinn auf Unsinn gehäuft. Jedes politische Kind muß sich sagen, daß das alles nur eine Schmähung gegen einen Toten sein soll. An einer anderen Stelle heißt es dann: „Erzberger verfiel als Finanzminister eine neue deutsche Steuererhebung und sticht dem deutschen Volke zur Befriedigung des internationalen Kapitals Milliarden aus der Tasche.“ Und so geht es fort — und ein solcher Anschlag wird gebührend zu loben! An einer anderen Stelle steht folgendes: „In Elsaß-Lothringen und im besetzten Gebiet sind Hunderte von deutschen Frauen und Mädchen zu Tode gemartert worden. In Oberschlesien starben über 4500. Das deutsche Volk aber wird aufgefordert, ruhig zu sein. Es handelt sich ja nur um gewöhnliche deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte usw., usw., kurz ehrliche Leute. Nun aber ist Erzberger tot.“ Das ist doch geradezu eine Verherrlichung des Mordes an Erzberger, und vorausgesetzt wird die sinnlose Behauptung, als ob wir die Morde in Oberschlesien ruhig hingenommen hätten. Herr Abgeordneter Beyerle, ist hier nicht bei der Anwendung der Plakatenjur mit doppeltem Maß messen! In München liegt ein reichliches Material vor. Viele bayrische Staatsbürger beschwören die Reichsregierung, diesem unchristlichen Wesen, wie es da geübt wird, ein Ende zu machen. Aber ich will verständliche Worte sprechen: Wir wollen die Angelegenheit friedlich zu Ende führen, und ich freue mich, daß sich der Abgeordnete Beyerle als Beauftragter seiner Partei zu solchen Verhandlungen auch mit dem Abgeordneten Dr. Ditz von der Demokratischen Partei in Berlin bereit erklärt hat. Wir haben gestern mittag mit den beauftragten Herren aus Bayern eine Besprechung abgehalten. Wir haben die gesamte Lage im Reich und in Bayern sachlich miteinander durchgesprochen. Die bayrischen Vertreter haben sich bereit erklärt, sofort in Verhandlungen mit dem bekannten Ziele einzutreten. Das Fehlen von Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten ergab bei den bayrischen Herren eine Reihe von Mißverständnissen. Sie werden in allen Einzelheiten mit ihnen durchgesprochen werden, und es wird dem bayrischen Staatsministerium Gelegenheit gegeben werden, zu ihnen Stellung zu nehmen. Die nach der gestrigen Besprechung noch vorhandenen Differenzen stehen meiner Auffassung nach gegenüber der großen Frage, die zur Diskussion steht, soweit zurück, daß es merkwürdig zugehen müßte, wenn man nicht rasch zu einer Einigung kommen könnte. Auf Grund des Berichtes, den die Herren in München erstatten wollen, wird zunächst die bayrische Regierung zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Anfang nächster Woche wollen wir dann wieder in Berlin zusammenkommen, um, wie ich hoffe, die Beratungen zu einem guten Ende zu bringen. Die bayrischen Koalitionsparteien haben, wie gestern Herr Dr. Ditz, auch heute wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie willens sind, diese Verhandlungen zu fördern. Ich wäre dem Ausschuss sehr dankbar, wenn er im Hinblick auf diese Verhandlungen von einer Beschlußfassung heute absehen wollte. Ueber die Frage der Kompetenz dieses Ausschusses wird die Regierung demnächst beraten und dann in einer der kommenden Beratungen mit ihm hierzu Stellung nehmen.

Bayerischer Gesandter v. Preger: Wenn ich schon gesprochen habe, so deshalb, weil ich nach den ersten Neben im Ausschuss fürchtete, daß die Reichsregierung über den Kopf der bayrischen Regierung hinweg Maßnahmen ergreifen würde, die die Rechte der Landesregierung stark beeinträchtigen. Das vom Reichsanwalt als Beispiel angeführte Plakat ist gewiß unflätig; aber für die Erlaubniserteilung ist die bayrische Regierung selbst nicht verantwortlich. Hier haben untergeordnete Organe einen Fehler begangen. Es fördert nicht die im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern, wenn der

Reichsanwalt derartige Einzelfälle verallgemeinert. (Zurück links: Das sind keine Einzelfälle. Wir können Hunderte solcher Vorfälle anführen.)

Kran Pflüf (SD.): Dem Reichsanwalt liegt nicht nur die Pflicht ob, die sehr empfindlichen Seelen der bayerischen Regierung zu schonen, ihm untersteht auch der Schutz des allgemeinen Rechtsgefühls des deutschen Volkes. Es ist durchaus nicht über den Kopf der bayerischen Regierung hinweg vom Kelche gehandelt worden. Schon vor Monaten hat der Vertreter Bayerns Verhandlungen der bayerischen Regierung mit der Reichsregierung betreffs Aufhebung des Belagerungszustandes angeknüpft. Für die Erlaubniserteilung in dem Falle des Erzberger-Blasfates ist der Polizeipräsident von München verantwortlich. Herr Pflüf hat nicht nur die Beschimpfungen Erzbergers, sondern Beschimpfungen der Regierung und ihrer Organe zugelassen. Was da nicht von zweierlei Maß gesprochen werden? Herr v. Preger hat die bayerischen Verhältnisse durchaus unzutreffend geschildert. Er erklärt den Ausnahmezustand für nötig wegen der fortwährenden Feuerung und wegen der damit verbundenen zunehmenden Erbitterung. Ist das der Staatsweisheit höchster Schlus, Gummiknüppel, Maschinengewehre und Panzerautos gegen die hungernde Bevölkerung zum Schutze der Wucherer, Schieber und der egoistischen Bauern aufzubieten? Wer hat die Verordnung des bayerischen Justizministeriums auf dem Gewissen, die den Staatsanwälten das Disziplinarverfahren androht, wenn sie diese Leute den Wucherern überantworten? Bei der Münchener Teuerungsdemonstration sind ebenso wie in Nürnberg von der Polizei alte, erfahrene Männer, die als Ordner fungierten, verprügelt worden. In Nürnberg hat man am 31. August den aus dem Verlammlungslokal zurückkehrenden Massen den Eintritt in die Stadt und somit in ihre Behausungen durch Ganzenreiter und Polizisten verweigert. Welche Zwecke verfolgt man eigentlich damit? Die Münchener Polizei erklärt, Fahnen und Plakate mit den Köpfen der Republik schwarz-rot-gold für aufreizend und entfernt sie gewaltsam. Dagegen konnte ich mich in Rosenheim persönlich davon überzeugen, daß an amtlichen Gebäuden Schilder neu angebracht worden sind, wie „Königliches Landbauamt“, „Königliches Notariat“ usw. Gegen das Treiben der Nationalen, die in Wort und Schriften zu Gewalttätigkeiten auffordern, wird der bayerische Ausnahmezustand nicht angewendet. Die „Münchener Zeitung“ darf zum Verbot des „Miesbacher Anzeigers“ bemerken: „Ein Telegramm kann jeder schreiben.“ In Bayern sind umfangreiche Waffenbeschreibungen vorgekommen. Die bayerische sozialdemokratische Landtagsfraktion machte mehrfach auf sie aufmerksam, aber erst nach langem Hin und Her hat die Treuhändergesellschaft in München und Malsch aufgefunden und ihrer rechtmäßigen Bestimmung zugeführt worden sind. Die Reichsregierung wird die Augen offen halten müssen. Der bayerische Generalde und der bayerische Abgeordnete haben keine Ahnung zu haben. Man darf den Bogen nicht überspannen. Das Maß ist voll. Auch die Gutmütigkeit des Polizeipräsidenten hat seine Grenzen. Das sage ich nicht als Drohung, sondern aus dem festen Willen heraus, den inneren Frieden Deutschlands nicht von Bayern aus zerstören zu lassen. Die deutsche Republik muß in Frieden und Ruhe ihrer inneren und äußeren Aufgaben nachgehen können. Das Vorgehen der bayerischen Regierung hat eine unannehmerliche Verwirrung der Rechtsprechung in den Köpfen der akademischen Räte herbeigeführt, die künftig unsere Verwaltungsbeamten und Richter stellen werden. Von der Landesregierung erwarten die bayerischen Arbeiter nichts mehr. Ihr Blick richtet sich vertrauensvoll auf die Reichsregierung. Der Ausnahmezustand muß fallen, und zwar sofort!

Nach den Reden der Abgeordneten Unterlechner und Dittmann (USP) verlasen Abgeordnete Dr. Herfeld (Komm.) sofortige Abkündigung über die Anträge. Der Ausschuss beschließt aber, das Verhandlungsergebnis zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung abzuwarten, ehe Beschluß gefaßt werden soll. Nächste Sitzung am Freitag, 9. September.

Sie behen weiter!

München, 3. September. („Vorwärts“).

Während das amtliche Bayern, soweit es die „Staatszeitung“ erkennen läßt, gegen die Reichsregierung einseitigen Scheit und in zwei Artikeln „Brennende Entspannung“ und „Einigung in der Ausnahmezustandsfrage in Sicht?“ den Boden für eine Verständigungsaktion vorbereiten hilft, steht die nationale Presse ihren Feind gegen Berlin unbefürchtet fort. Besonders der „Vorwärts“ bildet den Gegenstand zügelloser Schimpfereien. Die „Münchener Abendzeitung“ schreibt: „Der „Vorwärts“-Artikel „In gespannter Lage“ zeigt, daß das wichtigste Ziel der Sozialdemokratie sei, die bayerische Regierung mit roter Sturmflut zu erschüttern.“ Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nennen den genannten Artikel einen wüsten Schimpfartikel gegen die bayerische Regierung und stellen an die Reichsregierung die Forderung, den „Vorwärts“ zu verhaften, da er in anfechtbarer Weise die Autorität einer Landesregierung untergrabe. Im übrigen besitzt sich das Blatt, die Berliner Verhandlungen dadurch zu sabotieren, daß es die Berliner Meldung eines Münchener Blattes, die bayerische Regierung habe zu erkennen gegeben, daß sie bereit sei, von sich aus den Ausnahmezustand in Bayern aufzuheben, zu dementieren sucht und dem Abgeordneten der Reichstagsmehrheit ein glattes Niemals entgegenstellt. Der Geist, in dem dieses Organ eine Entspannung der Lage zu verhindern sucht, tritt aus der bewußten Aufreizung der Arbeiterklasse hervor, mit welcher es die gesamte USP-Protokollsammlung behandelt. Dort hatte der Vorsitzende die Versammlungsteilnehmer gewarnt, sich nach Schluß der Sitzung provozieren zu lassen, da im benachbarten Justizpalast eine Kompagnie grüner Polizei darauf war, die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes zu beweisen. Unter Verhöhnung dieser Mahnworte eines Arbeiterführers macht das Blatt die Mitteilung, daß nicht bloß eine, sondern vier Kompagnien dort bereit gestanden hätten, um unbotmäßige Demonstrationen niederzuknüpfen. In derselben Versammlung hat einer der Referenten mitgeteilt, daß der bayerische Ministerpräsident a. R. vor einiger Zeit ein Geheimtelegramm habe hinausgehen lassen, in dem er zur Reorganisation der Einwohnerwehr auffordert bzw. sie zu verweigern. Nach der Inhalt des Telegramms zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt, konnte noch nicht festgestellt werden. Die „Neue Zeitung“ stellt weitere Unterlagen hierfür in Aussicht. Morgen, Sonntag, tritt der bayerische Ministerrat zusammen, um zu der durch die Erklärung des Reichsanwalters „zugewiesenen“ Stellung zu nehmen.

Feindliche

Kriegsgerichtsurteile gegen Deutsche.

Biele, 5. September.

Das Kriegsgericht von Biele hat folgende Urteile gegen Deutsche gefällt: 2 Jahre Zwangsarbeit für den Kommandanten Knappe von der 24. süddeutschen Infanterie-Division und

für den Leutnant Ritter vom 18. Württemberg-Regiment wegen angeblicher Mißhandlung des Bürgermeisters von Landesard. Außerdem erhielt der Leutnant Cignar wegen angeblicher Minderberührung einer Wita in Carvis 2 Jahre Zwangsarbeit, der Militärjurist Buchholz 12 Jahre Zwangsarbeit und ein (?) polizeiliches Verwalter in Maubenge 2 Jahre Zwangsarbeit. Des weiteren wurden mehrere Unteroffiziere verurteilt.

Der ungarische Widerstand gegen die Herausgabe des Burgenlandes.

Wien, 4. September.

Offiziere der Entente suchen die Banden Bronny zum Abzug aus dem südlichen Teil der Zone A in Westungarn zu bewegen. Von einem Vorstich der Oesterreicher nach dem Süden kann vorläufig keine Rede sein. Bei Biskafeld wurden 800 Mann ungarisches Militär beobachtet, die gerade in Zivil gekleidet wurden, um so als Banden verhandelt zu werden. Oesterreichliche Gendarmerie wird fortgesetzt durch ungarische Banden vertrieben. Der ungarische Bandenführer und Urheber des ganzen Aufstandes Dr. Egan wurde verwundet gefangen genommen. 16 Oesterreichliche Gendarmen wurden am 1. September in Horvath durch Intervention eines französischen Offiziers freigelassen, der versprochen hat, die Freilassung der 16 Oesterreichlichen Gendarmen zu erwirken. In Neumarkt drangen 200 ungarische Insurgenten in Oesterreichs Gebiet ein und plünderten die Häuser und mißhandelten die Einwohner, worauf sie mit Deute beladen sich wiederum zurückzogen. An der jugoslawischen Grenze wurden ungarische Insurgenten von jugoslawischer Gendarmerie entwaffnet. In Sinnersdorf wurden zwei Oesterreichliche Gendarmen durch Schüsse schwer verletzt. Vorläufig scheint Ungarn an die Räumung von Westungarn nicht zu denken und verschleppt die ganze Frage. Die ungarischen Verwaltungsbehörden sind nach Debensburg zurückgekehrt. Die Oesterreichische Regierung wird neuerdings dringliche Vorstellungen bei der Entente eben.

Die Zinsen der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten.

II. Newyork, 4. September. Laut offizieller Mitteilung des amerikanischen Finanzministeriums betragen die Zinsen der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten 943 524 000 Dollar, wovon 677 Millionen Dollar an Zinsen bereits gezahlt wurden. Die nächste Zahlung der Zinsen muß am 15. April 1922 stattfinden.

Eine politische Rede Dr. Wirths.

III. Berlin, 5. September.

Der Wahlkreisverband der Groß-Berliner Zentrumsorganisation veranstaltete am Sonntag in der Stadthalle eine große Kundgebung, in der der Reichsanwalt Dr. Wirth sprach. In der Rede des Reichsanwalt wurde die durch die Ermordung Erzbergers geschaffene politische Lage erörtert. Dr. Wirth sagte u. a.:

Die Aufgabe der heutigen Regierung muß es sein, die Quellen der Reaktion zu verstopfen. Wer wolle, daß das demokratische Selbstbestimmungsrecht Einfluß auf die Welt gewinne, der erhebe sich in Deutschland gegen die Reaktion und bekenne sich zur Fahne der deutschen demokratischen Republik. Wir brauchen ein Gesetz, und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt, welches die Ehre unserer Mitbürger, die im politischen Kampfe stehen, schützt. Kommt ein derartiges Gesetz nicht, so wird sich bald kein Mensch mehr in Deutschland finden, der bei den jetzigen Verhältnissen in die politische Arena steigt. — Nach einer Würdigung der Erzbergerischen Stenogramm-Erklärungen richtete der Reichsanwalt scharfe Angriffe gegen das Großkapital. Dieses habe die Zahlung der Goldmilliarde sehr erschwert. Es habe nicht patriotisch, sondern aus Egoismus und Gewinnjucht gehandelt, weil es die Absicherung der Devisen immer wieder verzögerte, in der Hoffnung, daß der Dollar weiter steigen werde. In den weiteren Ausführungen verteidigte der Redner eisdann sein Programm gegenüber den Angriffen von rechts. Er werde keinen Augenblick von seiner Politik abgehen und sei bereit, gegen die Reaktion alle rechtlichen Mittel anzuwenden.

Beschleunigung der Notzulagen für Beamte.

P. Berlin, 5. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Notzulagen für die Beamtengehälter usw., wie sie vom Reich nach den Verhandlungen mit den Organisationen festgesetzt sind, wurde vom künftigen Zustand des preussischen Landtages am Freitag gegen eine deutschnationale Stimme zugestimmt. Genosse Bartels erklärte die Zustimmung unserer Fraktion, hob aber hervor, daß die Notwendigkeit dieser Zulagen wesentlich durch die bisher im Reich betriebene Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik erzungen worden sei. Auch die jetzt beschlossene Steuerpolitik erfasse nicht genügend die im Geld schwimmenden agrarischen und industriellen Schichten und sei nicht geeignet, das Finanzelend von Reich, Staat und Gemeinden zu beheben. Ein Ausgleich könne nur durch scharfe Besteuerung des Besitzes geschaffen werden, anders werde eine Geländung unserer Wirtschaft- und Finanzverhältnisse nicht eintreten.

Zentrum und Rechtsparteien beantragten, in die Notverordnung eine Bestimmung anzunehmen, wonach die Summen entsprechend erhöht werden sollten, die nach dem Gesetz vom Dezember 1920 den Kirchen zur Aufbesserung der Pfarrergehälter zur Verfügung gestellt wurden.

Die Regierung hat, die Vorlage nicht durch solche Zusätze zu erschweren; der Antrag wurde mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Auf Anregung des Genossen Leinert wurde die Regierung ersucht, eine Auszahlung der Notzulagen zu beschleunigen. Scharf kritisiert wurde die Tatsache, daß Beamte vielfach jetzt noch nicht im Besitz der im Mai beschlossenen Regierungszulagen sind.

Umbildung der preussischen Regierung?

Berlin, 5. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die im Laufe des Donnerstag und Freitag zwischen den führenden Persönlichkeiten geführten Beratungen über die Umbildung der preussischen Regierung haben zu dem Ergebnis geführt, daß Mitte dieser Woche offizielle Besprechungen der drei alten Koalitionsparteien begühten.

Wir glauben insbesondere anlässlich der Erklärung der Deutschen Volkspartei im Ausschuss des Reichstages, nach der die Monarchisten plötzlich Republikaner sein wollen, darauf hinweisen zu müssen, daß für uns keine Erweiterung der bisherigen preussischen Regierung, sondern nur eine Umbildung in Frage kommen kann. Die Erweiterung eines Kabinetts bedeutet gewissermaßen Fortsetzung der bisherigen Politik. In diesem Zustande hat die Sozialdemokratie selbstverständlich kein Interesse und sie denkt nicht daran lediglich einzelne Ministerposten zu belegen, um den bisherigen Stegerwaldschen Kurs fürber zu helfen. Auf Grund der augenblicklichen Zustände in Deutschland ist für uns nur die Aenderung des Gesamtkonkurses ausschlaggebend, was unter den jetzigen Umständen einer Umbildung und nur einer Umbildung der preussischen Regierung gleichkommt.

Eröffnung der Breslauer Herbstmesse.

Breslau, 5. September.

Am Sonntag vormittag wurde die vom 4. bis 8. September stattfindende Breslauer Herbstmesse eröffnet. Nachmittags 4 Uhr verammelten sich die Ehrengäste im Marmoraal der Jahrhunderhalle. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Breslauer Messgesellschaft, Stadtrat Leh, bewillkommnete die Vertreter der Reichsregierung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Reichsregierung sich entschlossen habe, der Breslauer Herbstmesse einen Zuwachs von 1 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Aussteller beträgt über 1500.

Abkehr von Adolf Hoffmann.

Berlin, 5. September.

In der Kandidatenaufstellung für die Stadtverordnetenwahlen sind die Kommunisten als erste auf dem Plan erschienen. Dabei hat Adolf Hoffmann in seinem alten Bezirk schlecht abgeschnitten und ist einem sicheren und wackerten Kandidaten der Sowjets unterlegen.

Tagung der deutschnationalen Hafenkreuzler.

Gestern ging der deutschnationale Parteitag in München zu Ende. Auch gestern wurde, zum feierlichsten Male, Stein und Bein geschworen, daß die deutsche Regierung unfähig, daß man an dem Erzbergermorde unschuldig sei, daß nur die Arbeit (der andern) uns retten könne usw. Der Vorsitzende Hilpert versprach, dem Volk die Augen über einen neuen besseren Weg zur neuen Blüte zu eröffnen, verschwieg aber schamvoll, worin dieser Weg besteht. Was er anführen konnte, war nur eine neue Ankündigung der Steuerfabrikation. Des weiteren führte er aus, daß Deutschland noch nicht einmal genug habe, um sich selbst zu ernähren, verließ sich aber bald darauf zu der seltsamen These, Deutschland habe die Pflicht, dem hungernden Rußland zu helfen, an das es Blutsbande knüpfe. Wie das geschehen solle, konnte er allerdings ebensowenig verraten.

Ähnlich Helfferich. Er versprach zwar an der Ausarbeitung der indirekten Steuern mitzuarbeiten, aber die Hilfe abzuschwenken, sobald es dem Besten an den Kraken gehen sollte. Zahlen solle das arbeitende Volk. Die Kapitalisten haben nicht das Geld dazu. Auch von der Beamtenfreundlichkeit der Rechtsparteien, die jedoch erst wieder ihre Leinwand ertönen lassen, gab er ein recht deutliches Bild, indem er auf die Minderwertigkeit der heutigen Beamten schimpfte und seiner Absicht darin Ausdruck gab, daß die Beamtenchaft degimiert werden müßte. Steuerfabrikation und Schaffung eines neuen Heeres von Arbeitslosen, damit ist das Latein dieser Herren zu Ende. Das ist der Weg, der nach ihrer Meinung Deutschland zu neuer Blüte bringen soll.

Die Schlußansprache hielt Herr Hergt. Dieser kleine Gernegroß redete sich ins Riesengroße, pries den Mut und die Entschlossenheit seiner Partei, die kein fremder Herkules zu Boden ringen könne, und kündete einen Kampf bis aufs Messer an, der, wie er leise durchfühlen ließ, vor dem Messer tatsächlich nicht zurückzureden werde.

Damit war der Hafenkreuzlertag in München beendet.

Die schwarzweißrote Provokation.

„Geburtsstagsfeier“ in Stralau.

In Stralau ist es am Freitag abend zu sehr bedauerlichen Vorfällen gekommen. Von einem Augenzeugen wird uns darüber folgendes mitgeteilt:

In Stralau, das fast ausschließlich Arbeiterbevölkerung hat, machte sich beim Bekanntwerden der trotz Verbotes stattfindenden Gedächtnisfeier der „Deutschen Volkspartei“ eine große Erregung bemerkbar. Als einige Arbeiter den Wirt des Restaurants Schwannenberg fragten, was für eine Feier hier stattfinden solle, bemerkte dieser, daß die Leute bei ihm eine — Geburtsstagsfeier angemeldet hätten. Unter den „Geburtsstagsfeiernden“ bemerkte man den in Stralau allbekanntesten Teppichfabrikanten Proß, Mitglied der Deutschen Volkspartei. Von draußen hörte man Reden, die in dem Ruße ausklangen: „Nieder mit der roten Republik“, was den draußen Stehenden als eine „Geburtsstagsfeier“ sehr sonderbar vorkam. Ihr Mißtrauen wurde noch erhöht durch eine große Zahl junger Burken, die mit Abzeichen des Berliner Selbstschutzes versehen waren. Als nun die Arbeiter den Saal betraten und die Tür schloßen, fielen sofort von drinnen Schüsse. Die Arbeiter, die vollständig unbewaffnet waren, holten sich aus dem Garten Faustkugeln, Gartenstühle und brangen auf die Schützen ein. Die Arbeiter verjuchten die Revolverhelden zu entwaffnen, wobei sie eine wüste Schlägerei entzamm. Nach halbstündigem Kampfe wabte von den „Geburtsstagsfeiernden“

mindestens 300 Schüsse abgegeben wurden, ergriff der größte Teil der Soldaten panikartig die Flucht. Einzelne sprangen ins Wasser, andere machten Boote los, um zu entkommen. Ein Teil wurde von den Arbeitern entwaffnet. Die Geburtstagshelden hatten etwa 10 Verwundete, die nur von Schlägen herriehrten, während drei Arbeiter Schußverletzungen davontrugen, davon einer schwere. Den Helden wurden drei Gummiknüppel, neun Revolver, darunter mehrere große, drei Kunze-Knüppel, zwei Schlagringe und eine Menge Munition abgenommen. Nachdem die Arbeiter die Entwaffnung vorgenommen hatten, erschien die telephonisch herbeigerufene Schupo, die alle an der Schießerei beteiligten Revolverhelden verhaftete und mittels Auto nach der Pionierkaserne, Köpenicker Straße, brachte.

Wie ein anderer Augenzeuge bekundete, soll auch der Fabrikant Proke im Besitze einer Waffe gewesen sein.

Schwarz-weiß-rote Malate.

In Neuhaldensleben hatte die Stinnes-Partei an allen Plakatsäulen schwarz-weiß-rot herabgelassene Plakate angebracht mit dem Hinweis auf den Parteitag der Deutschen Volkspartei. Den durchgängigen Provokationen der Reaktionskräfte bis zum äußersten gelang es, die Arbeiter zu verunsichern. Das Maß war voll und tief bei diesem Anschlag über. Die Arbeiter verließen die Betriebe und hielten aus den Häusern die schwarz-weiß-roten Fahnen heraus. Der verurteilte Anführer der neuen Arbeiterbewegung, der Arbeiterführer, wurde aus einem Weinlokale herausgeholt und mußte mit dem Mediziner des „Stadt- und Landboten“, der schon seit einiger Zeit durch seine arbeitserfindliche Schreiwelle propagandistisch gewirkt hatte, im Zuge voranzufahren. Die beiden wurden von der erregten Menge gezwungen, die Plakate wieder abzureißen.

Auf dem Marktplatz wurden dann die schwarz-weiß-rotten Provokationsplakate verbrannt. Daß es so weit gekommen ist, haben sich die reaktionären Unruhestifter selbst zuzuschreiben. Die andauernde Verhöhnung der Arbeiterkraft hat den Ausbruch des Volkszorns herbeigeführt. Es ist ein Skandal, daß der Arbeiterführer und der Seminarlehrer Schreiner als bezahlte Beamte der Republik gegen die Republik auftraten. Die Verurteilung der Arbeiterkraft wird nicht eher eintreten, bis diese „herausragenden“ Beamten der Republik aus Neuhaldensleben entfernt werden, da sie die Schuldigen an den Unruhen sind, welche jetzt die sonst so ruhige Stadt erleben muß.

Bellegung des Chemnitzer Schupowitschenfalls.

Chemnitz, 3. September.

Die Verhandlungen des sächsischen Ministerpräsidenten mit der 2. Hundertschaft der Landespolizei in Chemnitz, die bekanntlich die Aufhebung des Stahlhelms bei Neuburg verweigert hatte, führten dazu, daß der Ministerpräsident die Entlassung zurücknahm.

Ludendorff — der böse Geist Deutschlands.

Vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer (Berlin SO., Brückenstraße 6a) wurde bei der Berliner Demonstration für die Republik ein Flugblatt verbreitet, das den General Ludendorff wie folgt herausfordert, die Wahrheit zu bekennen:

Nachmalige Herausforderung des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“ an General Ludendorff zur Aussprache über den „Dolchstoß“.

Die Erfindung der Dolchstoßlegende hat es den nationalistischen Kreisen ermöglicht, die politischen Lügen der Kriegszeit fortzusetzen und alle Aufmerksamkeit von den Ursachen an Deutschlands Unglück abzulenken.

Aus der Erkenntnis der ungeheuren Tragweite dieses Umstandes heraus hat der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ zu wiederholten Malen in in- und ausländischen Zeitungen und durch eine persönliche Zuschrift seit über einem Jahre den General Ludendorff zu einer Aussprache Auge in Auge aufgefordert. General Ludendorff hat in seinen „Kriegserinnerungen“ die wirklichen Ursachen der feilschen Zermürbung des Heeres bestritten, indem er behauptet (S. 521):

„Nun kamen Klagen, der Offizier lebe auf Kosten des Mannes. Das war schändliche Verleumdung feindlicher und inländischer Propaganda.“ (S. 522).

„Ueber die Kantinenwirtschaft hörte ich Ungünstiges. Auch hier sollte der Offizier den Mann schädigen. Ich ging dem nach. Alles war in Ordnung.“

Ludendorff hat keine einzige Ausnahme zugestanden, er muß also alle die dokumentiert vorliegenden zahlreichen Fälle schwerster Korruption und direkter Verleumdung der Mannschaften durch das Offizierkorps als „Verleumdungen“ aufklären, er muß beweisen, daß „alles in Ordnung war“.

Der General Ludendorff hat diese Herausforderung des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“ unbeantwortet gelassen.

Hingegen ist prompt in Erfüllung gegangen sein Appell (Seite 520 der „Kriegserinnerungen“), das „deutsche Volk“ möge „die Schuldigen finden“, die das deutsche Offizierkorps, den „Träger der staatlichen Ordnung“, mit „Undank“ und „schwerem Verschulden“ belohnt haben.

Man hat die „Schuldigen gefunden!“ Siehe die Kette nationalistischer Utentate bis zu Erzberger!

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“ wiederholt hiermit in seiner Versammlung vom 29. August 1921 seine Herausforderung:

General Ludendorff möge sich mit einem Kreis seiner Anhänger uns gegenüberstellen und unter der Leitung eines gemeinsam gewählten Obmannes beweisen, daß alle von uns vorgebrachten Fälle von Ausbeutung der Mannschaften durch die Offiziere auf „schändliche Verleumdung feindlicher und inländischer Propaganda“ beruhen.

Kommt der General Ludendorff dieser erneuten Herausforderung nicht nach, so erklären wir ihn vor der Öffentlichkeit Deutschlands und der Welt für einen Feigling, der nicht den Mut hat, ehemaligen Soldaten Auge in Auge gegenüberzutreten und seine Behauptungen zu beweisen.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer
Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg.
Helle, 3nbarth.

Eisner, D. Kalisch, Lehmann-Kußbildt, Löwe, Bredered, Knopf, Maertens, Wisnowski.

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer will mit diesem Aufruf und weiter von ihm geplanter Aufklärungsarbeit so lange fortfahren, bis Ludendorff sich wenigstens der Verantwortung nicht mehr entziehen kann, seine ungeheuerliche Behauptung zu beweisen. Der Mann, der stets erklärte, er übernehme alle Verantwortung, dann aber nicht zu finden

war, wenn es galt, die Folgen seiner Handlungen zu bedenken, der Erzberger die Unterzeichnung des Waffenstillstandes überließ, der nach Schweden und beim Rapp-Busch nach Holland ausritt, muß in seiner ganzen „Heldengröße“ bloßgestellt werden.

Die zweite Schlacht.

Von Jakob Ullmaier.

Die Diskussion über das neue Programm hat die geistige Schwere behoben, die unsere Partei jahrelang belastete. Seit der Bruderkampf in der sozialistischen Arbeiterkraft langsam norebht und die Kommunisten infolge ihrer unheilverkündenden Partischastik in ohnmächtige Splitttern abfasern, sind für viele Parteigenossen die Schranken gefallen, die sie von der Kritik an der eigenen Partei zurückgehalten haben.

Geistige Kämpfe haben der Sozialdemokratie nie geschadet, und daß sie jetzt wieder erwachen, zeugt von neuer Gesundheit und Stärke. So wertvoll und erfreulich die Auseinandersetzungen über den Programmentwurf sind, es scheint jedoch, als sollte das Pferd am Schwanz aufgezaumt werden. Man will das Dach decken, bevor noch das Fundament für das neue Haus gelegt ist. Was nützen uns die besten Statuten und Behauptungen, bevor wir nicht die Bedingungen und Voraussetzungen kennen, die die Partei ihren Handlungen bei den kommenden Ereignissen zugrunde legen will. So lang wir für die bevorstehenden politischen Gesechte und wirtschaftlichen Schlachten kein klar umrissenes Ziel haben, solange unsere Politik von der Hand in den Mund lebt, wie es im letzten Jahr leider zu oft gewesen ist, solange wird kein Parteiprogrammentwurf befriedigen.

Unser Endziel kennen wir. Daß wir die Republik und die Demokratie sichern müssen, wissen wir. Darüber hinaus gilt es jedoch in Etappen vorwärts zu schreiten, und nichts anderes soll das Programm nach den Erklärungen des Parteivorstandes enthalten, als diese Etappen zum Sozialismus zeitlich und räumlich abzugrenzen. Der Krieg und seine Folgen haben dem Willen und der Kraft des Proletariats enge Schranken gezogen. Daß uns aber der Friedensvertrag hindern soll, der sozialistischen Wirtschaftsordnung einen Schritt näher zu rücken, ist falsch. Im Gegenteil. Unsere Verpflichtungen gegen die Entente, die Not der Volksmassen und die trostlosere Lage unserer Finanzwirtschaft zwingen uns zur Staats- und Gemeinwirtschaft. Hätte es das deutsche Bürgertum begriffen, so wüßte es, daß der Kampf der deutschen Arbeiterkraft unlöslich verbunden ist mit dem wahren nationalen Ringen um Einheit und Freiheit. Das Schicksal des deutschen Proletariats wird das Schicksal Deutschlands sein.

Als wir am 5. Mai das Ultimatum unterzeichnen mußten, war es der Bankrott der bürgerlich-nationalistischen Außenpolitik. Sie war bedingt durch den inneren Kurs „Stinnes“ und wahrlich nicht nach dem Willen der arbeitenden Klassen, denen nichts mehr verhaßt ist wie deutsch-nationale Heldenmänner, Rahr-Escherich-Orgeß, Balthumer, Neumannsacker und Hohenzollernsreiter, die Vorbedingungen des 5. Mai. Die Niederlage des Proletariats in den dreijährigen politischen Revolutionskämpfen war zugleich die politische Niederlage Deutschlands in der Weltpolitik. Mit dem 5. Mai endet ein Buch, und das neue Kapitel heißt: Ausführung des Ultimatus, Wirtschaftspolitik! Für Diplomatenfünfte gilt dabei das Wort Dantes: „Laßt alle Hoffnung fahren“.

Wieder erheben sich die gleichen äußeren und inneren Gefahren und die gleichen Gegenkräfte. Das Bürgertum, das sich nach außen wie nach innen von seinen Verpflichtungen drücken und die arbeitenden Klassen auch den Frieden, wie vordem den Krieg, bezahlen lassen möchten. Deshalb das Geschrei über die Unausführbarkeit des Ultimatus, weil die Besitzenden von ihren ungeheuren Kriegs- und Nachkriegsgewinnen nichts abgeben wollen. Auf der anderen Seite die gewaltige Wehrheit des Volkes, die Friede und Verbesserung gefordert, die Deutschlands Verpflichtungen erfüllt sehen möchte und erkennt, daß der Weg durch die Steuergasse in einen Sack führt, in dem die Arbeiterkraft und mit ihr Deutschland erstickt werden.

Und hier beginnen die Aufgaben unserer Partei, die das A und das O des neuen Programms sein müssen. Ueber die Steuervorschläge selbst brauchen wir nicht zu streiten. Es gilt der Satz des Sachmannes der Reichstagsfraktion, des Genossen Reif, der am 16. August im „Vorwärts“ sagte:

„Darüber sollte sich jedermann klar sein, daß die Lösung des Finanzproblems jetzt gefunden werden muß, wenn wir nicht den Spuren Defterreichs, Polens und Sowjetrußlands bis ans Ende folgen wollen. Die Vorschläge des Reichstagsinnetts stellen aber keine Lösung dar. Nicht etwa nur deshalb, weil sie noch keine völlig rechnungsmäßige Deckung des Bedarfs bringen, sondern ihres Grundcharakters halber. Sie vermehren zwar die Steuern in einem nie erlesenen Maße, verteuern aber zugleich den gesamten Lebensbedarf des Volkes in ebenjo großem Maße, belassen dabei die Lebenshaltung im umgekehrten Verhältnis zur Möglichkeit der Einschränkung, ziehen Lohn- und Gehaltserhöhungen großen Maßstabes nach sich, belasten das Wirtschaftsleben an der falschen Stelle, verteuern die öffentliche Verwaltung, führen darum, selbst wenn eine augenblickliche Deckung gegeben schen, zu neuen großen Fehlbeträgen in Reich, Ländern und Gemeinden, zur Vermehrung der schwebenden Schulden und zur Steigerung der Notensinfult, drücken den Kurs der Mark weiter herab, verteuern damit die Einfuhrgüter, verschlechtern unsere Handelsbilanz, erhöhen die Papiermarksumme der Kontributionsverpflichtungen, füllen also das Loch im Reichshaushalt nicht aus, schaffen vielmehr alle Voraussetzungen zu seiner automatischen Erweiterung mit all den schweren Folgen, die wir bei unseren hitlichen Nachbarnvölkern beobachten können.“

Mit anderen Worten: Der Weg des Bürgertums führt wiederum zu den schwersten innen- und außenpolitischen Konflikten. Noch sind die Steuern nicht einmal beschlossen, und bereits überschatten sie die Volkswirtschaft derart, daß ein Streik dem andern folgt. Der finanzielle Bankrott des Reiches wäre jedoch gleichbedeutend mit dem Verlust der politischen Selbstständigkeit und die vergangenen inneren Kämpfe ein Kinderpiel gegen die kommenden. Täusche sich niemand über das Maß der Erbitterung, das sich heute wieder in den notleidenden Schichten angesammelt hat. Sozialistische Probleme klopfen an der Tür. Einzig mit der Diskussion, wie die Steuern verteilt werden sollen, werden wir ihnen nicht gerecht; denn Steuern retten weder die Staats- noch Volkswirtschaft, mögen sie angelegt sein, wie sie wollen. Regnen wir es Erlassung der Goldwerte, Planwirtschaft, Sozialisierung, Verstaatlichung, wie es auch sei: Deutschland

muß die Bahn sozialistischer Ziele beschreiten. Der innere wirtschaftliche Kampf muß mit den Waffen der Arbeiterkraft geschlagen werden, wenn wir ihn nach außen mit der kapitalistischen und imperialistischen Entente bestehen wollen. Das bedeutet zugleich wirksame Arbeit für die Internationale des Proletariats.

Hier sind die wichtigsten Wirkungen des Versailler Friedensvertrages, über die auf dem Parteitag geredet werden muß. Statt dessen hat sich der Parteivorstand begnügt, die Tagesordnung mit einem Rejerat zu belasten, bei dem tagelang alles und nichts gesagt werden kann. „Die Wirkungen des Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik“ entspricht nicht dem, was uns auf den Nägeln brennt und was die Massen von dem Parteitag erwarten. Soll wieder eine staatsmännische Resolution gefaßt, oder sollten nicht die Wege in aller Gründlichkeit und Schärfe diskutiert werden, die von selbst auf den Inhalt eines neuen Programms sowie auf den Zusammenschluß der sozialistischen Parteien führen?

Die wirtschaftliche Schlacht, die eigentliche Revolution beginnt. Es wäre das größte Unglück, ließe sich unsere Partei wieder vom Strudel erfassen und träten uns die Ereignisse genau so unvorberetet, wie am 9. November 1918. Wenn je das Wort Paul Singers richtig war, so gilt es doppelt für Görlich. Dieser Parteitag wird ein Markstein sein und ein Entscheidungsmal für die deutsche Arbeiterbewegung.

Volkswirtschaft.

Die Valuta im August.

Unsere Verpflichtungen gegenüber der Entente für August sind erfüllt; wie schwer es uns geworden ist, zeigen die untenstehenden Zahlen, wonach die Mark, an Friedenswerten gemessen, auf 5 Pfg. und darunter gefallen ist. Wir wiesen in der letzten Monatsübericht nach, daß die Folgen einer solchen Erschütterung des Geldmarktes, wie sie die Ablieferung einer Milliarde in Gold zeitigt, nämlich das Fallen der Papiermark und ein davon unabhängiges Steigen des Dollars sowie der Währungen in den Gold produzierenden Ländern auf alle konsumierenden Völker unheilvoll eingewirkt hat. Das Steigen des Dollars hat seinen Höhepunkt erreicht; Frankreich, England, die nordischen Staaten haben sich erholt; Deutschland und Italien leiden weiter unter der Entwertung des heimischen Papiers.

Deutschland bekommt jetzt für 100 Papiermark 1,16 Dollar und Italien für 100 Lire 4,23 Dollar gegen 1,28 Dollar und 4,34 Dollar in der letzten Dekade des Juli. Das bedeutet für Deutschland eine Verschlechterung des Geldes oder, was dasselbe ist, eine Zunahme der Teuerung um 10 Prozent, für Italien um 2½ Prozent in einem Monat oder als Folge der frampffachen Devisenbeschaffung seit dem 1. Juni um 23,7 Prozent und für Italien um 16,7 Prozent. Aber auch England und Frankreich sind, wie die Zahlen zeigen, nicht unberührt von diesem Steigen des Dollars geblieben; die Teuerung bleibt, wenn sie auch nicht wie in Deutschland und Italien relativ zugenommen hat.

Es wurden telegraphisch in den drei Monatsdekaden des August, also vom 1. bis 10., vom 11. bis 20. und vom 21. bis Ultimo, durchschnittlich gezahlt (die eingeklammerten Zahlen sind die durchschnittlichen Friedenswerte):

	Für 100 Doll. fl. (175 M.)	Für 100 Schw. fr. (112 M.)	Für 100 span. Pes. (81 M.)	Für 100 ital. Lire (81 M.)
1921 Juli I	2457,50	1635,14	982,21	128,11
II	2407,65	1598,07	975,56	128,21
III	2440,50	1606,91	996,50	123,57
1921 August I	2503,18	1677,94	1047,14	123,89
II	2652,57	1812,62	1094,43	126,37
III	2685,36	1863,86	1117,—	125,61

	Für 100 engl. Pfd. (20,30 M.)	Für 100 franz. Fres. (81 M.)	Für 100 amer. Doll. (4,20 M.)	Für 100 ital. Lire (81 M.)
1921 Juli I	279,14	597,07	75,65	362,—
II	274,94	591,71	75,99	346,86
III	281,03	606,08	78,26	340,87
1921 August I	294,01	630,—	81,61	350,50
II	313,55	661,43	85,21	369,52
III	317,64	668,86	89,29	366,07

Dieses Fallen der Mark wird von einer Erscheinung begleitet, die fast beständig wirkt, jedoch als Auswirkung der Geldentwertung verständlich wird; es ist dies die Hauße in allen Geldwerten, die vor 14 Tagen die bekannten stürmischen Szenen an der Berliner Börse auslöste, und wonon Hamburg auch in Mitleidenschaft gezogen wurde. Fast könnte man zur Umkehrung des bekannten Wortes „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ kommen: „Geht's der Börse gut, leidet jeder Not“. Denn in jedem Fall hat der Konsument die Zehne zu zahlen. Gold ist Brot und Schmalz. Je dringender wir es brauchen, desto höher wird der Gegenwert geschraubt, und der Gegenwert ist für den proletarischen Konsumenten nur die Arbeit.

Durch die katastrophale Auslösung der Goldablieferung wird die Renneische Prophezeiung über einen deutschen Bankerott im April nächsten Jahres verständlich, wenn auch in den nächsten Monaten mit einer gewissen Beruhigung, wahrscheinlich sogar mit einer Besserung unserer Valuta zu rechnen ist.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 3. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage Std.
D.	S.	Gerda Runstmann	Wachter	Stettin	1
D.	S.	Duen	Oeg	Wartahl	2
D.	S.	Fehmarn	Schwenn	Fehmarn	4½

Angelommen am 4. September 1921.

D.	D.	Otto Joppen 22	Wobrich	Stettin	9
D.	D.	Erpreß	Davidson	Hadersleben	15
D.	D.	Westkusten	Wulf	Kopenhagen	18
D.	S.	Ellen	Jürgenlen	Nackfow	3
D.	S.	Runa	Bachmann	Röding	1
D.	S.	Ragnar	Carlson	Boile	2
D.	D.	Arival	Wellm	See	12
D.	D.	Gauthjod	Karlsson	Stockholm	2
D.	D.	Capella	Krause	Rönigsberg	2
D.	D.	Anna-Viole	Zhiel	Kobkow	4
D.	D.	Schlutup	v. Hülsen	von See	10

Angelommen am 5. September 1921.

D.	S.	Trost	Rausche	Bergen	8
D.	S.	Leonhard	Ameides	Hadersleben	3

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Reber; für Freikant Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schumann; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die neue Mode

für Herbst und Winter

Modellausstellung im Holstenhaus

Unser Grundsatz beim Einkauf der Damen-Bekleidung

Wir wählten
 unter den vielen uns von
 ersten Ateliers vorgeleg-
 ten Modellen nur solche,
 die in edler Form und
 Schlichtheit frei von aller
 auf theatralische Wirkung
 berechneten Übertreibung,
 und deren Schönheit in
 der künstlerischen Linien-
 führung und der Harmonie
 der Farben lag

Wir bringen
 somit nach diesem Grund-
 satz gewählt, eine Damen-
 kleidung zum Verkauf, die
 durch ihre gediegene Aus-
 führung des Beifalls jeder
 vornehm empfindenden
 Dame sicher ist - und jede
 Dame, die Wert auf wirk-
 lich elegante, gediegene
 Kleidung legt, sollte un-
 sere Ausstellung im 1. Stock
 besuchen

Det nya modet
 för höst och vinter.

Vår grundsatz vid inköpet av damfektion.

Vi valde

bland de tusende modeller, som första klassens
 atlieer förevisat oss endast sådana, i ädel form
 och enkelhet, fria från, all på teatralisk verkan
 beräknad överdrift, vilkas skönhet låg i konst-
 närliga linjer och färgernas harmoni.

Vi utbjuda alltså

till försäljning toiletter valda med fin smak,
 vilka genom sin gedigna utföring äro säkra på
 varje förnämt kännande dams bifall; och varje
 dam, som sätter värde på verkligt elegant ge-
 digen klädsel, borde besöka vår utställning en
 trappa upp

Vi göra Eder uppmärksamma på våra skylt-
 fönster de deltaga i skyltfönstrens pristävlan.

Den nye mode
 for efteraaret og vinteren.

Vor grundsætning ved indkøb af dame-beklaed-
 ning:

Vi valgte

blandt de tusinder af os fremviste modeller fra
 de første ateliers kun de, der i aedel form og
 finhed vare fri for al paa teatralisk virkning be-
 ragnet overdrivelse og hois skønhed bestod i
 den kunstneriske linie og farvernes harmonie.

Vi bringer altsaa,

valgt med fin smag en dame-bekledning i han-
 delen, som ved sin fornemme udførelse er sikker
 paa at vinde enhver fintfølende dames smag,
 og enhver dame, der sætter pris paa virkelig
 elegant og aparte klaeddragt burde besøge vor
 udstilling i 1ste etage.

De bedes lægge mærke til vore vinduer, der
 deltage i butiksvinduers væddestrid.

Den nye Mode
 for Efteraaret og Vinteren.

Vor Grundsætning ved Inkøb af Dame-
 Beklædning.

Vi valgte

blandt de tusinder af os fremviste Modeller fra
 de første Ateliers kun de, der i ædel Form og
 Finhed vare fri for al paa teatralisk Virkning
 beregnet Overdrivelse og hvis Skønhed bestod
 i den kunstneriske Linie og Farvernes Harmonie

Vi bringer altsaa

valgt med fin Smag en Damebeklædning i
 Handelen, som ved sin fornemme Udførelse er
 sikker paa at vinde enhver fintfølende Dames
 Smag, og enhver Dame, der sætter Pris paa
 virkelig elegant og aparte Klædedragt burde
 besøge vor Udstilling i 1ste Etage.

De bedes lægge Mærke til vore Vinduer, der
 deltage i Butiksvinduers Væddestrid.

Muotiuutundet
 syksyâ ja talvea varten.

Meidän päämäärämme on ostaessamme Naisten
 vaattelle:

Me vatitsemme

johtavat muotiuutundet ensiluokkaisista työhuo-
 neista ja pidämme silmällä, että ylivälle ja
 arvokkaalle naiselle sopii ainoastoon sellainen
 kuosi, joka on vapaa kaikista teatraalisista
 rakkutteista, jo siten yksinkertaisuus ja
 värien sopusointu muodostavat sinä taifullisen
 kaunouden.

Me tarjoamme siismyytäväksi

hienolla aistilla ja asiantuntevuksella valittuita
 naisten vaatteita, jokaiselle ylhäisön naiselle
 sopivia.

Jokaisen naisen, joka tahtoo saada itselleen
 tosi hienon vaatetuksen, on eddottomasti
 kyätävä näyttelyssämme ensimmäisessä keroksessa.

Wittaamme näyteakkunoihinne, jotka ottavat
 osaa Näyteakkunakilpailuihin.

Beachten Sie unsere Fenster, sie nehmen Teil am Schaufenster-Wettbewerb

Holstenhaus

Zum Inserat-Wettbewerb der Textil-Woche.

Lübeck, Holstenstraße 25-33.

bleibt sein Reingewinn von 855 660 Mark. Dem Meierhofenkonten 184 000 Mark zugeführt werden. Der Generalversammlung soll eine Dividende von 25 Prozent zur Verteilung vorgeschlagen werden. — Wer hat denn die günstige Preislage geschaffen?

Koßod. Kündigung des Landarbeitertarifs. Der Landbund hat den für Mecklenburg-Schwernin am 29. März d. J. abgeschlossene Tarifvertrag mit den Landarbeiter-Verbänden zum 1. November d. J. gekündigt. — Infolge der enormen Gewinne, die dem ländlichen Grundbesitz durch die Erhöhung der Getreidepreise und aller sonstigen landwirtschaftlichen Produkte in den Schloß gefallen sind, wird selbstverständlich der Landbund den Landarbeitern eine namhafte Lohnzulage geben wollen. Es geht doch heftig und Graf Westarp „den Weg zum Arbeiter“ über nicht?

Lüneburg. Anverkaufter Mächer. Studienassessor Schöber schreibt dem Oga. Fremdenblatt: Auf einer Wanderung, die ich mit meiner Klasse von Stelle nach Kleck machte, lehrten wir in Meyers Gasthof „Zum Schlangenberg“ in Wendestorf ein. Dort erlebten wir folgendes: Der Preis für eine Flasche Brause steigt während unseres kurzen Aufenthaltes dort von 1 Mark auf 1,50 Mark. Milch war in verschiedenen Gläsern zu haben; $\frac{1}{10}$ Liter kostete 80 Pf., $\frac{1}{20}$ Liter aber — also dieselbe Menge, nur in einem anderen Glas — 1 Mark, so daß der Liter für ein Liter Milch 10 Mark forderte. Dieser Preis schämt sich also nicht, die von der Wanderung heil und durstig gewordenen Kinder auszunutzen und schamlos auszunutzen. Ich möchte alle Geldwandler, besonders die Lehrer und Repräsentanten, auf diesen Vorkommnissen und Kinderfreunden hiermit aufmerksam gemacht haben.

Aus der Partei.

Davidson aus der Sozialdemokratischen Partei ausgedieben. Wie bekannt, schwebte seit längerer Zeit gegen Davidson wegen seiner Stellungnahme im Korruptionsprozeß Eßler gegen Sonnenfeld und im besonderen wegen seiner Verleumdungen geachteter Parteigenossen ein Ausschlußverfahren. Davidson hat das Verfahren selbstverständlich verschleppt; als der Bezirksverband Groß-Berlin energisch auf Weiterführung der Sache drängte, teilte Davidson mit, daß er aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei. Er ist damit seinem Ausschluß zuvorgekommen.

Gewerkschaften.

Kampferfolge. Die vehement einsetzenden Lohnkämpfe auf der ganzen Linie haben bereits zu namhaften Erfolgen für diverse Berufe und Branchen geführt. Wirtschaftsbekämpften, erhöhten Löhne und Zuschläge usw. sind erzielt worden. Wir können zur Stunde über diverse Erfolge berichten:

Der Verband der Buchbinder konnte mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Stills- und Kartonagenindustrie eine Vereinbarung zum Abschluß bringen, die wesentliche Erhöhungen der Stundenlöhne und Aufwandsarbeiten vorsieht.

Im Kalibergbau gelang es, eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 12,50 M. je Schicht ab 1. September zu erzielen. Eine erfolgreiche Lohnbewegung für die S. S. G., B. A. C. und Z. e. t. g. u. n. d. u. s. t. r. i. e. ist in Hamburg zu verzeichnen. Die Lohnbewegungen sind letztlich befriedigend.

Die Kellnerarbeiter Berlins, die in den Wein- und Bierhandlungen und Stillsbetrieben beschäftigt sind, konnten mit Hilfe ihrer Organisation, des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, eine Lohnbewegung beenden, in der Lohnzulagen von 40 bis 60 M. pro Woche gewährt wurden.

In der Berliner Herren- und Knabenkonfektion konnten die im Bekleidungsarbeiterverband organisierten Arbeiter wesentliche Zuschläge erzielen.

Die Fleischer in den Berliner Wurstfabriken hatten ebenfalls eine Lohnbewegung mit dem vorläufigen Erfolg, daß der Lohn um 80 Prozent erhöht wurde.

Aussperrung in 120 ostpreussischen Sägewerken. Die Holzarbeiter von 120 ostpreussischen Sägewerken befanden sich wegen Lohnforderungen im Streik. Der Arbeitgeberverband hat darauf beschlossen, sämtliche ostpreussischen Sägewerke stillzulegen. In 120 Sägewerken Ostpreußens ist die Arbeiterschaft ausgesperrt worden.

Lohnbewegungen im Kalibergbau. Wegen der ungünstigen Lohnverhältnisse im Kalibergbau, die durch die fortschreitende Vertiefung noch verschärft werden, hatten die Organisationen nachdrücklich bei den Arbeitgebern Erhöhung der Löhne beantragt. Dessen Bemühungen haben den Erfolg, daß eine durchschnittliche Lohnbewegung von 12,50 M. je Schicht ab 1. September dieses Jahres, wo auch die erhöhten Kalipreise in Kraft treten, genehmigt sind.

Zum Boykott gegen Peter, Caillet, Kohler, Scholtenfabrik, Orbe, Schweiz. Der Bericht über das Geschäftsergebnis der Millionenfirma über das Jahr 1920 ist jenseit erschienen. Die Geschäfte zentrieren noch besser als in den Jahren zuvor. Nationalrat Caillet konnte mit freudiger Erregung berichten, daß der Reinertrag 9 282 010 Schweizerischer Franken betrug. Einstimmig wurde beschlossen, 22 Prozent Dividende zu verteilen. Arbeiter! Konsumenten! Gedenkt euch daran, daß zu der gleichen Zeit, wo die Kapitalisten den Millionenertrag unter sich verteilen, die gemäßigten Arbeiter auf der Straße um Brot bettelten. Während des Krieges nützten sie die Situation der darbenenden Bevölkerung aller Länder aus. Freund und Feind mußten zu den Millionen beitragen. Jetzt nützen die Fabrikanten die Krise aus. Sie eignen sich für sie zur Vernichtung der Organisation. Die schweizerische Hochfinanz will sich auch weiterhin ohne jede Hemmung ihre Profite durch die Ausbeutung der Konsumenten wie Arbeiter sichern. Die internationale Solidarität der arbeitenden Klasse muß diesem jeder Moral baren Bestreben einen Damm setzen. Deshalb hoch der Boykottkampf!

Die Exekutive der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen des Lebens- und Genussmittelindustrie.

10. Internationaler Genossenschaftskongress in Basel.

Im großen Saale des Stadtcafés in Basel fanden Ende August die vierstägigen Verhandlungen des internationalen Genossenschaftskongresses statt. Die zahlreiche Besichtigung (aus 25 Ländern waren 500 Vertreter erschienen) dieser ersten internationalen genossenschaftlichen Tagung nach Beendigung des Weltkrieges, und der Verlauf der Tagung befestigen die Hoffnung, daß durch das gemeinnützige Wirken der Genossenschaftsbewegung, der Gedanke der Menschheitsverbrüderung und Verbrüderung wiederum um ein Erhebliches der Wirklichkeit näher gebracht ist. Außer den zahlreichen Ehrengästen der politischen Schweiz waren von den europäischen Genossenschaften vertreten: Oesterreich, Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Deutschland, Georgien, Holland, Ungarn, Italien, Litauen, Norwegen, Polen, Rußland, Schweden, Schweiz, England, Schottland, Island, Ukraine, von den außereuropäischen Ländern: Vereinigte Staaten von Nordamerika und Argentinien. Troßdem dem Bunde fast ausschließlich Konsumvereine angehören, bildet er dennoch die bedeutendste internationale Organisation. Seiner Landesverbänden sind mehr als 24 Millionen Mitglieder angeschlossen, die in 42 650 Vereinen organisiert sind.

Die Leitung des Kongresses übernimmt Gebhard (Holland) an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zur Teilnahme am Kongress verhinderten großen Präsidenten William Maxwell (England). Zur Kenntnis genommen wird ein Schreiben des bisherigen Präsidenten W. Maxwell, in welchem er Mitteilung macht von seinem Rücktritt infolge seines hohen Alters. Begrüßungsansprachen erfolgen vom Präsidenten des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, Dr. Rindig. Im Namen der Stadt Basel begrüßt Regierungsrat Brennet den Kongress. Im Auftrage des Sekretariates des Bundes sprechen Dr. J. Ritobe und Oberst G. Schaffner. Für den internationalen Genossenschaftsbund, der 27 Millionen Mitglieder umfaßt, begrüßt C. Merens die Tagung. Herr Serny vertritt den Verband der internationalen Vereinigungen in Brüssel.

Am Montag nachmittags begannen die Beratungen des Richtigen des Internationalen Genossenschaftsbundes, 1913—1921. W. Allen erörtert die Finanzlage des Bundes. Der Bund hat große Ausfälle zu verzeichnen, die aus der Beitragsleistung der westeuropäischen Länder resultieren. Einen breiten Raum nimmt die Frage in Anspruch, ob auf Grund der veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1914, noch eine sachgemäße Vertretung der russischen Genossenschaften im I. G. B. zu verzeichnen ist. Es kommt aus diesem Anlaß zu einem lebhaften Zusammenhang zwischen englischen und französischen Vertretern. Die Abstimmung ergibt die Anerkennung der russischen Genossenschaftsvertretung mit 733 gegen 474 Stimmen. Zur Förderung der Organisation des internationalen Genossenschaftsbundes wird eine umfangreiche Resolution der englischen Frauen-Genossenschaftsgruppe vor, welche mit einer hervorragenden Abänderung angenommen wird. Der Sekretär des internationalen Genossenschaftsbundes, Dr. Rindig, berichtet über die Tätigkeit des Bundes im Jahre 1920. Er berichtet über die Tätigkeit des Bundes im Jahre 1920. Er berichtet über die Tätigkeit des Bundes im Jahre 1920.

Die Nordische Woche.

Das Fehmarn-Bahn-Projekt.

Eine Deutsch-Nordische Verkehrs-Konferenz findet am 7. September in Lübeck statt. Die Lübecker Handelskammer hat hierzu vorher Fühlung mit den führenden Kammer in Skandinavien und Finnland, wie auch mit den deutschen Schwesterkammern genommen. Der Sache wurde allseitig großes Interesse entgegengebracht. Zu der Konferenz sind, wie die hiesige Handelskammer berichtet, an maßgebende nordische und deutsche Handelskammern Einladungen ergangen, und nach den bereits vorliegenden Zusagen ist damit zu rechnen, daß die Tagung von allen Seiten besucht wird. Von den verschiedenen Staatsbahnenverwaltungen der nordischen Länder sind ebenfalls Vertreter angemeldet, wie denn auch Vertreter der gleichfalls eingeladenen zuständigen deutschen Reichsbehörden, wie des Auswärtigen Amtes, des Reichsverkehrsministeriums, des Reichspostministeriums u. a. erwartet werden. Die Tagung wird eingeleitet durch einen öffentlichen Vortrag des Geh. Regierungsrats Dr. Hermann Schumacher, ordentlichen Professors der Nationalökonomie an der Universität Berlin, über „Das Fehmarn-Bahn-Projekt“ im Bürgersaal des Rathauses. Damit ist ein Thema gewählt, welches wie kaum ein anderes geeignet erscheint, in die aktuellen Wirtschaftsfragen der nordischen Länder einzuführen, und dessen Lösung für die Zukunft gerade auch ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland von grundlegender Bedeutung ist. Der Nachmittag soll dann der eigentlichen Verkehrs-Konferenz gewidmet sein, auf welcher lediglich Fragen des internationalen Personennverkehrs und Nachrichtenverkehrs zur Behandlung gelangen. Hierbei sollen Fragen, ausgeklammert bleiben, die rein örtlichen Charakter tragen oder zu lokalen Wettbewerbserörterungen Anlaß geben könnten; aus diesem Grunde sollen auch alle Wirtschaftsfragen, die das internationale Güterverkehrsweesen betreffen, auf dieser Tagung nicht erörtert werden. Behandelt werden in erster Reihe die Wiederherstellung und der weitere Ausbau der Personennverkehrsverbindungen zu Vande und zu Waster, der Abbau der Bahn- und sonstigen Grenzkontrollschwierigkeiten, die Verbesserung des Nachrichtenverkehrs (Post-, Fern- und Telegraphenverkehr), sowie die Ausgestaltung des Luftverkehrs. Die einleitenden Berichte zu den vier Kapiteln der Tagesordnung, zu welcher auch die nordischen

Handelskammern eine Reihe wertvoller Anregungen beigetragen haben, werden von je einem Vertreter der Handelskammern Hamburg, Bremen, Stettin und Lübeck erstattet. Von der Lübecker Handelskammer ist die Frage der Verbesserung der Reichsverbindungen übernommen worden, von Stettin die Frage des Abbaus der Bahn- und Grenzschwierigkeiten, von Hamburg die Verbesserung des Nachrichtenwesens, von Bremen die Ausgestaltung des Luftverkehrs.

Eine Deutsch-Nordische Schulkonferenz, auf der Fragen des Austausch und der gemeinsamen Arbeit Deutschlands mit den nordischen Ländern auf dem Gebiete der Schule erörtert, praktische Vor schläge aufgestellt und ihre Ausführung bei den zuständigen Behörden angeregt werden sollen, wird am Dienstag, dem 6., und Mittwoch, dem 7. September, im Roten Saal des Rathauses hier stattfinden. Hervorragende Vertreter der beteiligten Länder haben ihr Erscheinen zugesagt. Den Ehrenvorsitz führen die Herren Professor Eucken-Jena und Montelius-Stockholm.

Das Nordische Sinfonie-Konzert bringt dem Publikum ausserordentliche Genüsse. Die Presse verschiedener namhafter Zeitungen äußert sich a. B. über Selge Lindberg: Lindberg erweckt eine Begeisterung, wie sie nur außergewöhnlichen Erscheinungen und selbst solchen gegenüber nur in südlich heißen Zonen in gleichstürmiger Weise zu Teil wird. Wegen Erkrankung des Herrn B. wird es dem Wunsch der Nordischen Woche gelungen, das erste Quartett Deutschlands zu gewinnen für das Konzert im Palast, das Klingler-Quartett, das bekanntlich weisse-Weltzug genießt. Durch Repertoireänderung in Dresden wurde Frau Melitta Leitner abgerufen. Die Rolle der Marianna in „Herodes und Marianna“ wird nunmehr von Pauline-Wind übernommen werden.

Es beschwerten sich gestern Journalisten bei uns, zum Teil auch ausländische, daß sie zu einzelnen Vorträgen keine Eintrittskarten hätten bekommen können. Sogar für Veranstaltungen, zu denen sie sich ausdrücklich angemeldet hätten, seien ihnen teilweise keine Karten überlassen worden. Sollte da nicht irgend ein Organisationsmangel vorliegen?

Entwurf eines Organisations-Statuts für den Bezirk Mecklenburg-Lübeck.

§ 1. Für den 7. Reichstagswahlkreis Mecklenburg-Lübeck besteht eine Bezirksorganisation unter dem Namen: „Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck“ mit dem Sitz in Koßod.

§ 2. Die Aufgabe der Bezirksorganisation besteht darin, die Verbreitung der sozialdemokratischen Grundzüge durch Wort und Schrift zu fördern.

§ 3. Alle sozialdemokratischen Ortsgruppen der SPD. im Bezirk Mecklenburg-Lübeck müssen der Bezirksorganisation angehören; jedoch bleibt die Selbstständigkeit der Ortsgruppen in ihren örtlichen Angelegenheiten unberührt.

§ 4. Für den gesamten Bezirk können nach Bedarf Unterbezirke gebildet werden, die nach Möglichkeit einen besondern Sitz erhalten.

§ 5. Die Aufgabe der Sekretäre des Unterbezirks ist, die Agitation für die Partei innerhalb des Unterbezirks zu betreiben. Es obliegt ihnen insbesondere die Veranlassung von Versammlungen, Gründung von Ortsgruppen, Vermittlung von Rednern, die planmäßige Verteilung von Flugblättern und dergleichen. Ferner auch die Ueberwachung der ordnungsmäßigen Geschäftsführung in den Ortsgruppen des Bezirkes.

Die Sekretäre der Unterbezirke sollen ferner die Ortsgruppen nach Kräften unterstützen. Sie sollen ihr Augenmerk insbesondere auf solche Orte lenken, in denen sozialdemokratische Gruppen noch nicht bestehen.

Auftrag des Bezirksvorstandes ist es, den Unterbezirksleitungen sowie auch den Ortsgruppen in ihrer Tätigkeit beratend und fördernd zur Seite zu stehen.

§ 6. Die Ortsvereine haben nach Schluß jeden Quartals einen Bericht und eine Abrechnung an den Bezirksvorstand einzufenden, wozu die vom Bezirksvorstand herausgegebenen Formulare zu benutzen sind.

§ 7. Die Ausgaben der Bezirksorganisation sollen möglichst aus eigenen Mitteln bestritten werden; die Ortsgruppen sollen sich bemühen, ihre lokalen Ausgaben ebenfalls aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Der Bezirksvorstand soll jedoch gehalten sein, in besonderen Fällen auch die Ortsgruppen finanziell zu unterstützen.

Jede finanzielle Inanspruchnahme des Parteivorstandes, zu welchem Zwecke es auch sei, bedarf der Zustimmung des Bezirksvorstandes.

§ 8. Die Anstellung der Kandidaten zum Reichstag erfolgt durch den Bezirksparteitag des Gesamtbezirks. Die Anstellung der Kandidaten zu den Landtagen durch besondere Bezirksitage, die für den betreffenden Freistaat (Schwerin, Stettin, Lübeck) einberufen werden.

Die Anstellung der Kandidaten zu den Amsterversammlungen erfolgt in besonderen Konferenzen der Amtsbezirke.

Die Anstellung der städtischen und ländlichen Gemeindevorsteher erfolgt durch die zuständigen Ortsgruppen. Jeder Bezirk und jede Ortsgruppe ist verpflichtet, dem Bezirksvorstand die Kandidatenliste sofort einzufahren.

§ 9. Der Bezirksvorstand besteht aus elf Mitgliedern, die teilweise aus allen Unterbezirken zu entnehmen sind. Unter ihnen soll sich möglichst eine Frau befinden.

Die Wahl des Bezirksvorstandes erfolgt durch den Bezirksparteitag.

Der Bezirksvorstand ist dem alljährlich stattfindenden Parteitag verantwortlich.

§ 10. Der Bezirksparteitag ist vom Bezirksvorstand einzuberufen und mindestens sechs Wochen vorher mit Angabe der vorläufigen Tagesordnung in den im Bezirk erscheinenden Parteiblättern bekanntzugeben. Der Geschäftsbericht ist dem Parteitag gedruckt vorzulegen.

Weiter hat der Bezirksvorstand das Recht, aus besonders wichtigen Anlässen einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Bezirkes muß der Bezirksvorstand einen außerordentlichen Parteitag einberufen.

§ 11. Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Ortsvereine und dem Bezirksvorstand. Die Ortsvereine bis 500 Mitgliedern wählen einen Delegierten. Auf jede weiteren 500 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Außerdem haben zu den Bezirksparteitagen die Reichstagsabgeordneten sowie ein Fünftel der Mitglieder der Landtagsfraktionen Sitz und Stimme. Die Geschäftsführer und Vertreter der Redaktionen und Preiskommissionen der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter sowie der Vorsitzende des Bezirksbildungsausschusses und des Bezirksjugendausschusses haben nur beratende Stimme.

Anträge für den Parteitag sind schriftlich beim Bezirksvorstand einzureichen, der sie spätestens 14 Tage vor dem Parteitag in der Parteipresse des Bezirkes zu veröffentlichen hat.

Die Kosten der Delegation trägt jede entsendende Körperschaft selbst.

§ 12. Jeder Parteitag bestimmt den nächsten Tagungsort.

§ 13. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge erfolgt durch den Bezirksparteitag. Der Mindestbeitrag muß jedoch dem Organisationsstatut der Gesamtpartei entsprechen.

Jede Ortsgruppe hat das Recht, auf Beschluß einer Mitglieder-versammlung höhere Beiträge zu erheben.

Die Eintrittsgelder sind voll an die Bezirkskasse abzuführen.

Für verlorene Mitgliedsbücher ist 1 M. zu erheben.

§ 14. Jeder Ortsverein hat 70 Prozent der Einnahme aus Mitgliedsbeiträgen an die Bezirkskasse abzuführen. Lübeck befreit seine Agitationsarbeit selbständig und führt 35 Prozent an die Bezirkskasse ab.

§ 15. Zur Prüfung der Kasse des Bezirksvorstandes wählt der Bezirksvorstand aus der Reihe der Beisitzer zwei Revisoren, die mindestens einmal im Quartal eine Revision vornehmen müssen.

§ 16. Alle Beschlüsse des Bezirksparteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.

Änderungen der Satzungen können nur auf den Bezirksparteitagen vorgenommen werden.

§ 17. Publikationsorgane der Bezirksorganisation sind die im Bezirk erscheinenden Parteiblätter.

Für jedes Parteiblatt ist von dem Ortsverein des Erscheinungsortes eine Preiskommission zu wählen. Sie besteht aus sieben Mitgliedern, wovon zwei dem Vorstande der Ortsgruppe des Erscheinungsortes angehören müssen.

Die Preiskommission kann aus Mitgliedern anderer Ortsgruppen des Verbreitungsbezirkes erweitert werden.

Die Redakteure sind berechtigt, an den Sitzungen der Preiskommission mit beratender Stimme teilzunehmen.

Der Geschäftsführer hat in der Preiskommission beschließende Stimme.

Die Geschäftsleiter, Redakteure und Preiskommissionen sind dem Parteitag verantwortlich, der im Laufe des Geschäftsjahres durch den Bezirksvorstand vorberufen wird.

§ 18. Der Parteitag tritt vom 1. April bis 31. März

Leistung des Völkerverbandes empfiehlt die Anwendung des „Le-Maule System“ bei der Kreditgewährung.

Eine Resolution des Nationalverbandes französischer Genossenschaften empfiehlt die Errichtung einer internationalen Genossenschaftsbank.

Zur Internationalen Genossenschaftspolitik, wie sie von den internationalen und neutralen Konferenzen in Paris beschlossen wurde, wird die Resolution A. Thomas lebhaft erörtert und nach erfolgter Abänderung angenommen.

Am 3. Verhandlungstage begrüßt nachträglich der Präsident der Schweizerischen Genossenschaft, Schulthess, den Kongress, rühmend hervorhebend die gegenwärtige Tätigkeit der Konsumgenossenschaften während schwerer Kriegszeit.

Die Resolution Thomas wird sodann, nachdem der Abschnitt bezüglich Zölle und Handelsverträge zurückgezogen wurde, angenommen. — Den ausscheidenden Mitgliedern des Zentralverbandes wird der Dank des Kongresses ausgesprochen und werden dieselben zu Mitgliedern eines Ehrenkomitees ernannt.

Am 4. Verhandlungstage gelangt, nachdem Gide, Feuerstein, B. Lange-Berlin und Maxthal (Manchester) zur Friedensresolution Gide, die nach eingehender Verhandlung einer engeren Kommission abgeändert, besprochen, einstimmig zur Annahme.

M. Seron (Belgien) macht Ausführungen zu seinem vorkommenden Referat: Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften“ und richtet einen Appell an die Gewerkschaftler, mehr als bisher der Genossenschaftsbewegung ein wohlwollendes Interesse entgegen zu bringen.

Dr. Suter (Schweiz) behandelt die vorliegende Resolution über den „Völkerverbund“. Wäre in allen Ländern die Völkerverbindungsfrage eingehend behandelt, wie in der Schweiz, wo durch Völkereinheit mit 90 000 Stimmen Mehrheit der Anschluss an den Völkerverbund beschlossen wurde, so wäre die Völkerverbandsverfassung schon eine bessere, eine demokratischere geworden.

Die Resolution „Das Internationale Arbeitsbureau“, eingebracht von F. Hayward (Großbritannien), wird angenommen, mit der Abänderung, daß an Stelle eines Regierungskommissars der Länder ein Genossenschaftler eingesetzt wird.

Kaufmann (Hamburg) bringt eine Resolution zur Beratung mit dem Aufsatze, dem hungernden Russland und Serbien mit allen Mitteln der genossenschaftlichen Solidarität zu helfen. Es erfolgt einstimmige Zustimmung.

Zur Annahme gelangt eine Protestresolution gegen die in Ungarn einsetzende politische Verfolgung der Genossenschaften seitens der herrschenden Regierungsmächte.

Der nächste Internationale Genossenschaftskongress soll auf Einladung des Nationalkongresses des belgischen Genossenschaftsverbandes im Jahre 1921 in Gent stattfinden in Verbindung damit eine internationale Ausstellung der Produktions- und Konsumgenossenschaften.

Verhaftung eines Mörders. Die Kriminalpolizei verhaftete auf Gut Rankin den Sohn des dortigen Besitzers, den Schlachter Richard Reiche, der, wie sich jetzt ergab, vor einem Jahre dabeilbst den Schwerverletzten Franz Schröder mit einem Holzstaben erschlagen hatte und die Leiche im Garten verscharrte.

Sturz eines Doppelmörders. Der Mörder und Eisenbahnattentäter Paul Jakob aus Kademil, der vom Schwurgericht in Halle im Mai wegen zweifachen Raubmordes zum Tode und vom außerordentlichen Gericht wegen des Eisenbahnattentates bei Annendorf ebenfalls zum Tode verurteilt worden war, ist Sonnabend in Halle enthauptet worden.

Großfeuer im Hundrüd. Die bekannte Hundrüdstadt Castellau wurde von einer schweren Feuerbrunst heimgesucht. Achtzehn Gebäude eines Straßenzuges sind niedergebrannt.

Ausweisung von Geisteskranken. Gleichzeitig im Saargebiet und in Elsaß-Lothringen werden die in den dortigen Irrenanstalten internierten Geisteskranken reichsdeutscher Staatsangehörigkeit ausgewiesen.

Von der Leipziger Messe. In den letzten Tagen der Leipziger Messe hat der Messenverkehr im allgemeinen bedeutend nachgelassen. Der größte Teil der Einkäufer ist bereits wieder abgereist.

Selbstmord eines fünftägigen Mörders. In der vorgestrigen Nacht hat der Massenmörder Willy Wenkel in dem Gefängnis von Weimar sein Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Der Handstand auf der Kirchturnspitze. Den Passanten des Platzes vor der Nikolaikirche in Hellkrona bot sich dieser Tage ein Anblick, der nervenschwachen Personen für einen Augenblick das Blut in den Adern erstarren ließ. Da sah man an dem hochragenden Turm der 400 Jahre alten gotischen Kathedrale mit affenartiger Geschwindigkeit einen jungen Mann hinaufklettern, bis er hoch oben auf der Turnspitze angelangt war.

Kapitel Abklärung. In England werden Versuche mit Tanks unternommen, die auch Flüsse durchqueren können.

Theater und Musik.

Die Kammerspiele des Stadttheaters wurden am Freitag wieder eröffnet. Zur Einführung wurde unter Karl Heilmanns Regie Gogols „Heirat“ aufgeführt. Eine ganz unglaubliche Begebenheit nennt der russische Dichter seinen Dreikaiser, und er mag recht haben.

Ein erstes Problem behandelt Oscar von Schoenfeld in seinem Schauspiel, „Maria“, das den zweiten Abend der Kammerspiele füllte. Der Dichter behandelt die Frage: darf illegales Leben gezeugt werden, um hochwertiges vor dem Untergang zu retten? und er bejaht sie.

Ein erstes Problem behandelt Oscar von Schoenfeld in seinem Schauspiel, „Maria“, das den zweiten Abend der Kammerspiele füllte. Der Dichter behandelt die Frage: darf illegales Leben gezeugt werden, um hochwertiges vor dem Untergang zu retten? und er bejaht sie.

Hausfreund spielte, neigt wie es scheint etwas zu Liebertreibungen. Zeitweise spielte er auch nur für sich. Karl Bündler gab den Medizinalrat mit ansprechender Note, und Kitty Stengel hatte in ihrer kleinen Rolle als Hausdame Gelegenheit sich von der anmutigen Seite zu zeigen.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.

Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingborg, Halmstad, Warberg und Gothenburg, etwa dreieinhalb bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Halland-Linie „Svanen“, „Westkusten“, „Najaden“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Lärnan“, „Nissan“, „Kalten“ und „Ludwig Kollberg“ nur für Fracht.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch bezw. Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stadt Stralsund“ am 6. September.

II. Nach Süd-Schweden.

Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi Aktiebolaget „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Gauthiod“ am 9. September nach Kalmar und Stockholm.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Scandinavian Line. Nächste Expedition: Dampfer „Max Fischer“ am 2. September.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der Sönderfeld-Norste Dampfskeffstap sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Kong Alf“ abereit am 8. September.

Stavanger, Bergen, Drontheim eventl. Haugesund, Alesund, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Gerda Kuntmann“ etwa 20. September.

IV. Nach Finnland.

Helsingfors jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der Finiska Angfartygs-Aktiebolaget in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Regin“ am 7. Sept., Dampfer „Lorna“ am 10. Sept.

Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Wiborg“ am 8. September.

Nach Raumo, Mäntyluoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Frei“ am 10. Sept. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 43.

Helsingfors, Linie Mittar Gt. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Helgoland“ am 7. September, Dampfer „Astania“ etwa am 15. Sept.

Ab o. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Helgoland“ am 7. Sept., Dampfer „Astania“ etwa am 15. Sept. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: G. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Ab o. etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Angfartygs Aktiebolaget „Dora“ in Ab o. Nächste Expedition: Dampfer „Finnland“ am 10. September.

V. Nach Estland und Ostland.

Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ ca. 25. Sept. Vertreter: G. F. Vertling, Gr. Altesfähr 23.

Libau und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ ca. 25. Sept. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfähr 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.

Burg und Ortha a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer „Fehmarn“. Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Laht & Severtin, Schüsselbuden 15.

Wismar, Rostock, Seltitz und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Spenn-Linie“, bei Bedarf Extra-Dampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Beckergarbe 52.

Rönigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Gehrich, Untertrave 84.

Gildampferverbindung Lübeck—Magdeburg.

Expeditionen finden statt soweit die Wasserverhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Magdeburger-Lübecker Gildschiffahrts-Gesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/12 und G. F. Vertling, Gr. Altesfähr 23.

Nach Lauenburg a. S. und Hamburg.

Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Winterankünfte ununterbrochen durch Lüders & Stänge, Abreise nach Hamburg, Kanalstr. 11/12.

Schnellverkehr Lübeck—Dänemark mit Motorbooten.

Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölne und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschluss an den täglichen Gildampferverkehr aufwärts. — Güteranmeldungen bei Karl Steber, Gr. Altesfähr 16.

Inferate finden durch den „Lübecker Wirtsboten“ in den Kreisen der weitläufigen Volksweitz Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Wirtsboten“.

Werbet Mitglieder für den Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Jede Verkaufsstelle nimmt Anmeldungen
entgegen.

8454 a

Einkommensteuer.

Steuerpflichtige, die eine Steueranforderung oder eine Steuerfestsetzung erhalten haben und mit Zahlung der 2. Rate der Reichseinkommensteuer für 1921 im Rückstand sind, werden mit Genehmigung des Landesfinanzamts hiermit aufgefordert, den Rückstand nunmehr innerhalb einer Woche, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, an die Finanzkasse in Lübeck, Fleischhauerstraße 20, an den Wochentagen außer Donnerstagen zwischen 8 und 12 Uhr zu entrichten oder durch Bank- oder Postcheckkonto zu überweisen, andernfalls Zwangsversteigerung eintritt. Es liegt im Interesse des Publikums, möglichst den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu benutzen.

Lübeck, den 3. September 1921. (6085)

Das Finanzamt.



Pikfein
glänzend und haltbar bleibt ihr
Schuhzeug wenn **Javalin**
Sie es mit

putzen lassen.
Überall zu haben.
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hamm-Bicklingen

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**
Telephon 798. Moltkestraße 1. (6089)

Plattbültische Vereen „Gef“ in Lübeck.

Dingsdag, den 6. September 1921 in de „Stora“:
2. Uptöhring von

„Roggenwulf“
Heimatpeel in 3 Uptög v. Dr. Martin Maack.
Los geit dat Klack 8. De Raß ward 7 upmaakt.
Intrittspries: 1. Platz num. Nr. 4.—, Stük 80 Pfg.
11. „ 3.—, „ 60

Intrittskorten in'n Vörverkoop bie Ernst Robert, Bredstr. 29 un B. Raabe, Morkestr. 13.
För Vereensmaaten bie E. Hirssekorn, Sandstr. 20.
För Maaten von den Vereen „Frik Reuter“ bie H. Koch, Marlesgr. 6.
Maaten von de Schlefster un de Kriegsbeschädigten-Vereenigungen betakt an de Raß för den 2. Platz halven Pries.
6107) De Vörstand.

Dr. Schuhr

zurück.
Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr.
Brauerei Wilcken.

Musiker.
Gr. Freitugend
Dienstag, 6. 9. 21, 7.30 abds.
Gewerkschaftshaus. (6088)

Deutscher Eisenbahner-Verbd.
Dritsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 7. d. M.,
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Uniere Lohnbewegung.
(Ref. K. Kamps, Hamburg).
2. Freie Aussprache.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsblätter vorzeigen.
6088) Der Vorstand.

Konzerthaus Lübeck.
Für Sommerfeste sind der große Garten u. Söle noch an einigen Sonn- u. Wochentagen frei.
Tel. 408
6088) H. Cyriacks.

HANSA-THEATER
8 Uhr. Täglich, 8 Uhr.
?? Fregolia ??
und der vorzügliche
Varieté-Spielplan
u. a.: (6087)

Kronos,
der stärkste und schönste gebaute Mann der Welt.
Stadttheater Lübeck.
Montag, 5. Septbr. 8 Uhr.
Nordisches Sintonie-Konzert.
Solisten: Walter Glessing, Helge Lindberg.
Dienstag, 6. Sept. 7 Uhr.
Herodes und Mariamne.
Mittwoch, 7. Sept. 6.00 Uhr.
Siegfried. (6084)
Kammerspiele des Stadttheaters,
Fünfhäusen 17/19.
Mittwoch, 6. Sept. 7.30 U.
Marius.

Vorträge über Kochen, Braten und Backen im Rieschels Patent-Grudeherd mit Weisblechenerung (6087)
in meinem Geschäftshause täglich von 9—12 u. 3—6 Uhr.
Adolf Borgfeldt, Mühlenstr.

Zentralhallen
Morgen Dienstag: (6089)
Gr. Tanzkränzchen.

Programm-Entwurf
der S.P.D.
Ein Kommentar.
Preis Mk. 6.—
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Das Räderwerk
des Wirtschaftskreislaufes lernt man leicht verstehen durch das neue Buch
DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT
Eine Einführung von
Gradnauer und Rob. Schmidt
Preis broschiert R. 12.—, geb. R. 15.—
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Danksagung.
Allen denen, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen haben und ihre Teilnahme in so reichem Maße bekräftigten, insbesondere den Angehörigen u. Mitarbeitern der Schwartauer Honigwerke sowie dem Herrn Pastor für die trostreichen Worte meinen tiefgefühlten Dank. (6081)
Fritz Meyer,
Renfeld, Lindenstr. 7.

Bilanzsicherer Buchhalter
übern. sämtl. einschl. Arbeiten stundenn. bill. Gef. Ang. u. B B a. d. Grp. (6086)

W. Aufst. e. Hausf. Haus- u. Küchenmobiliar, Grude 3. vert. 3. bei Montag. (6091) Wismarstr. 27, I.

Damenrad m. Nyl., 500 Mk., fast n. N.-Jahr. bill. **Werner, Fahrradhandlg.,** 6100) Schwandenerstr. 4.

Sertel zu verkaufen von 130 Mk. an. (6101) Gewerbestraße 26.

Mandoline z. L. gesucht. (6082) Sadowastr. 27, I.

Kontrollkasse
National Bondrucker, gegenbar zu kaufen ges. Angeb. u. BNO 7104 a. Exp. d. Bl.

Ich nehme die gegen die Arbeiterin Betty Ausborn öffentlich ausgesprochene Verleumdung als un wahr zurück. (6102) **Friedr. Bornemann.**

Meine irrtümlich über Ferdinand Barmerster gemachte Äußerung nehme ich hierdurch mit Bedauern zurück. **G. Bentzen,** 6105) Stavenstraße 41/9.

Ich hätte nicht mehr für die Schulden meiner Frau. (6104) **Joachim Grabner,** Langer Lohberg 7.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der **Kalender- u. Fr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck
Nachruf.
Im Juli d. J. verstarb unser langjähriger Mitglied, der Kollege (6095)
Heinrich Brümmer.
Ehre seinem Andenken
Die Ortsverwaltung.

Veripätel.
Verbd. der Gärtner und Gärtnereiarb. (6103)
Am 30. August 1921 starb unser Kollege
Friedrich Ohlert.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Nach langer Krankheit verstarb unser Kollege (6108)
Wilhelm Brockmann, Lübeck.
Er war uns ein lieber Kollege, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
Die Arbeiterkass' des Holzhandwerks.

Erstkl. Stenotypistin
und Schreibmaschinenkraft zu sofort gesucht. Schriftl. Bewerbungen an (6109)
Gemeinnützige Seidungs-Gewerkschaft e. G. m. b. H. Lübeck, Gudenstraße 51.

Gesichts-Ausschlag
Viel Wasser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintröpfeln läßt. Schaum erst morgens abwischen und mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bekräftigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften. (6089)

Hausstandslumpen, Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten Tagespreisen (6094)
Cohn, Fadenburg, Allee 53, Keller.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.

Gibt Obdach den Wohnungslosen!
Zwei Vorträge zur Gewinnung der Mittel zum Wohnungsbau von Rechtsanwalt **Hermann Brähler, Lübeck** und **Dr. Ludwig Herpel, Kiel.** Preis 1.50 Mk.
Eine Nachschrift: **75 Prozent Minderung zum Mietspreis sind tempungültig!**
Zu haben: (13005)
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46 und allen anderen Buchhandlungen.

Neues Volksliederbuch
mit Anleitung zur Lautenbegleitung.
Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46.